

Niedersächsische
Staatskanzlei



Integration in Niedersachsen

Zusammen leben, lernen und arbeiten



Niedersachsen

Inhalt

Vorwort	4
Flüchtlinge in Niedersachsen – wohnen und leben auf dem Land und in der Stadt	6
1. Miteinander sprechen – sich verstehen	8
2. Gemeinsam lernen in Kita, Schule und Hochschule	10
3. Integration in und über Ausbildung und Arbeit	14
4. Zusammenleben in Niedersachsen	16
5. Obhut und Begleitung für alleine ankommende Kinder und Jugendliche	23
6. Integration als Gemeinschaftsaufgabe	25
7. Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung	27
Weiterführende Links	30

Liebe Niedersächsinnen und Niedersachsen,

die Flüchtlinge vor Krieg und Gewalt, die zu uns kommen, sind unschuldig in Not geraten. Sie versuchen, ihr Leib und Leben und das ihrer Familien in Sicherheit zu bringen. Ebenso, wie wir das an ihrer Stelle tun würden. Sie verdienen unsere Unterstützung und Fürsorge.

Ob sich die Fluchtursachen schnell zum Guten ändern, ist mehr als zweifelhaft. Vor uns und vor den geflüchteten Frauen, Männern und Kindern liegt also ein langer Prozess der Integration. So werden sich die zu uns kommenden Menschen einlassen müssen auf unsere Art des Zusammenlebens, unsere Werte und Regeln – für die meisten von Ihnen also auf eine in vieler Hinsicht völlig fremde Umgebung.

Ich bitte Sie herzlich, diese Menschen willkommen zu heißen und ihnen in der Anfangsphase ganz besonders mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Bei all jenen Bürgerinnen und Bürgern, die das schon in den vergangenen Monaten mit größtem Engagement getan haben und weiter tun, möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken.

Die Landesregierung versucht möglichst gute Rahmenbedingungen zu schaffen für eine erfolgreiche Integration der Zuwanderer. Da ist zuallererst der Zugang zu unserer Sprache und zu unserem Bildungssystem zu nennen, zum Eingewöhnen in unsere Dörfer und Städte und schließlich auch zum Arbeitsmarkt.



In dieser Broschüre beschreiben wir, was wir bereits unternommen haben, was im Fluss und was noch in Planung ist, um die Integration der Flüchtlinge in Niedersachsen gelingen zu lassen.

Alle Anstrengungen des Landes alleine werden aber nicht ausreichen. Wir brauchen eine große Gemeinsamkeit der gesamten Gesellschaft und auch weiterhin ein großes persönliches Engagement.

A handwritten signature in blue ink, which reads "Stephan Weil". The signature is fluid and cursive, written in a professional style.

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

Flüchtlinge in Niedersachsen – wohnen und leben auf dem Land und in der Stadt

Die Zahl der Menschen, die jeden Monat nach Niedersachsen kommen ist in den vergangenen zwei Jahren stark angestiegen: von 1.180 Flüchtlingen im Januar 2014 ist die Zahl im Oktober 2015 auf 19.686 angestiegen. Im Januar 2016 kamen 8.620 Personen, im Februar 2016 6.936. Insgesamt hat Niedersachsen im letzten Jahr 102.231 Flüchtlinge aufgenommen. Im Wochendurchschnitt waren dies 1.966 Personen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zugangszahlen im Laufe des Jahres sehr stark schwankten. Seit Jahresbeginn 2016 bis Anfang März hat Niedersachsen 15.621 Personen aufgenommen, was einem Wochendurchschnitt von 1.793 entspricht.

Verteilung der Flüchtlinge in Niedersachsen

Niedersachsen hatte angesichts der Flüchtlingssituation im Herbst 2015 seine Erstaufnahmekapazitäten auf fast 50.000 Plätze hochgefahren. Die Asylsuchenden sind zunächst verpflichtet, in den Aufnahmeeinrichtungen zu wohnen, anschließend werden sie auf die Landkreise, die Region Hannover und die kreisfreien Städte verteilt.

Während im Jahr 2012 in Niedersachsen noch rund 4.500

steht die Verteilung weiterer 50.000 Flüchtlinge an. Diese werden den Kommunen nach einer Verteilquote zur Unterbringung zugewiesen. Es wird versucht, bei der Verteilung die Interessen der Flüchtlinge, insbesondere familiäre Aspekte, zu berücksichtigen.

Wohnraum für Flüchtlinge

In den Kommunen wird eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge angestrebt, um eine möglichst gute Mischung von Einheimischen und Zugewanderten zu erreichen und einer Ghettobildung vorzubeugen. Die Kommunen versuchen zunächst, die Flüchtlinge in privaten oder gemeindeeigenen Wohnungen oder Häusern unterzubringen. Einige Landkreise werben nicht nur mit Flyern und Zeitungsanzeigen dafür, Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten, sondern treten auch als Mietvertragspartner auf.

Immer häufiger entscheiden sich die Kommunen auch dafür, selbst neuen Wohnraum zu schaffen. Hierfür hat das Land Niedersachsen bereits im Sommer 2015 das Wohnraumförderprogramm um 400 Millionen Euro aufgestockt. Damit können rund 5.000 Wohnungen gefördert werden. Zusätzlich stehen in Niedersachsen bis 2019 jährlich 78,32 Millionen Euro des Bundes zur Verfügung, die das Land für die soziale Wohnraumförderung einsetzt.

Das Niedersächsische Sozialministerium hat die Förderbestimmungen für den sozialen Wohnungsbau an die angespannte Situation auf den Wohnungsmärkten angepasst. Rückwirkend zum 1. Januar 2016 kann Mietwohnungsbau jetzt landesweit mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden.

Region	Bevölkerungsanteil/ Aufnahmequote	Verteilquote nach Anrechnung
Braunschweig	20,184 %	8.076
Hannover	26,939 %	16.188
Lüneburg	21,436 %	8.739
Weser-Ems	31,442 %	16.997

Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt wurden, waren es im Jahr 2015 bereits rund 61.000 Menschen. Bis Ende April 2016

1. Miteinander sprechen – sich verstehen

Gutes Zusammenleben funktioniert nur, wenn sich die Menschen miteinander verständigen können. Ein schnelles Erlernen unserer Sprache öffnet die Türen zu vertiefter Bildung, zum Arbeitsmarkt und zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Kinder und Jugendliche erlernen die deutsche Sprache in den Kindertagesstätten, in den Schulen und bei gemeinsamen Freizeitaktivitäten. Zwei Drittel der Flüchtlinge sind erwachsen.

„Lernt Deutsch! Passt euch den Sitten und Gebräuchen eures Gastlandes an!“

Egemen Bagis, ehemaliger türkischer Europaminister

Für sie hat die Landesregierung zusammen mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung ein Förderprogramm erarbeitet, mit dem zusätzliche Sprachkurse und Sprachunterstützung schnell und unbürokratisch auf den Weg gebracht werden.

Diese Sprachkurse stehen allen Flüchtlingen offen. Sie vermitteln Grundkenntnisse der deutschen Sprache. Bislang

„Musik, Sprache, Teilhabe ist ein tolles Projekt, das vielen Kindern und Jugendlichen eine wichtige Grundlage bietet, um sich in ihrer neuen Gesellschaft zurechtzufinden.“

*Doris Schröder-Köpf,
Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe*

hat das Land mehr als 600 Sprachkurse gestartet und damit insgesamt 13.500 erwachsene Flüchtlinge erreicht. Weitere Kurse werden vorbereitet.

Das Land ist im Dialog mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und ihren Trägern, um Verbesserungen für die Lehrkräfte im Bereich Deutsch als Zweitsprache zu erwirken. Dazu gehört es insbesondere, mehr Fachkräfte fest anzustellen.

Die Landesregierung hat ein Programm aufgelegt, das es Lehramtsstudierenden mit Kompetenzen zur Vermittlung von Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache ermöglicht, jungen Flüchtlingen Deutschunterricht zu erteilen. 2015 haben sich für diese Angebote mehr als 1.100 Studierende gemeldet. Diese Angebote werden ausgeweitet.

Auch Ehrenamtliche leisten einen wichtigen Beitrag zur Sprachvermittlung. Um sie zu unterstützen hat das Land eine Fortbildungsinitiative für ehrenamtliche Sprachbegleiter/-innen



Sprache als Schlüssel zur Gesellschaft (v.l.n.r.): Fodjo, Lilly, Hamid und Marwan beim gemeinsamen Zeitung lesen

für Flüchtlinge geschaffen. Diese erreicht rund 2.900 Ehrenamtliche, die rechnerisch mehr als 43.500 Flüchtlinge betreuen können.

Gemeinsam mit dem Verein Elan e.V. entwickelt das Land darüber hinaus eine E-Learning-Plattform, die unterschiedliche Angebote bündelt. Damit erhalten Flüchtlinge eine Hilfestellung bei der Auswahl passender Online-Angebote für den Spracherwerb.

2. Gemeinsam lernen in Kita, Schule und Hochschule

Integration fängt bereits bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen an. Daher bietet das Land bereits in seinen Erstaufnahmeeinrichtungen das Kursangebot „Wegweiser für Deutschland“ mit den Modulen „Sprachatelier“ und „Erste Einblicke in die deutsche Gesellschaft“ an. Für Kinder und Jugendliche gibt es eine Kinderbetreuung bzw. eine Vorbereitung auf die Regelschule. Beide Angebote werden fortlaufend ausgebaut.

Frühkindliche Förderung

Kindertageseinrichtungen sind wichtige Orte für eine erfolgreiche Integration. Ein früher Besuch einer Kindertageseinrichtung erleichtert es den zu uns kommenden Kindern, Deutsch zu lernen und sich einzuleben.

„Angesichts der Krise müssen wir uns Herausforderungen stellen, gemeinsam anpacken, vorhandene Chancen für Gesellschaft und Wirtschaft nutzen.“

*Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer
der Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.*

Konzepte und Maßnahmen zur Sprachbildung und Sprachförderung im Elementarbereich sollen weiterentwickelt werden. Dazu wurden die finanziellen Mittel von 2016 bis 2019 von sechs Millionen auf zwölf Millionen Euro verdoppelt. Damit

können zusätzliche Stunden für Fachkräfte finanziert, Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt oder Materialien zur Sprachförderung erworben werden. Auch die Finanzhilfen des Landes für die Kindertageseinrichtungen sind deutlich aufgestockt worden.

Eine Förderung von rund 200.000 Euro in den Jahren 2016 und 2017 plant das Land für Qualifizierungen von Referenten/innen, die den pädagogischen Fachkräften in Kindertagesstätten Basiswissen über die Lebenssituation und die Unterstützung von Flüchtlingskindern vermitteln.

Schulen

Auch Kindern und Jugendlichen mit Fluchtgeschichte soll in Niedersachsen ein guter Start in der Schule gelingen. Dafür hat das Land ein umfangreiches Programm aufgelegt. Ziel ist es, dass zugewanderte Kinder und Jugendliche Sprachbarrieren zügig abbauen und ohne Hürden eine hiesige Schule besuchen können. Sprachlernklassen, Förderkurse oder auch integrierte Sprachfördermaßnahmen haben sich bewährt. Gab es im Sommer 2013 noch 61 Sprachlernklassen in Niedersachsen, sind es jetzt im 2. Schulhalbjahr 2015/2016 bereits mehr als 550 an den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen sowie rund 100 Sprachlernklassen an den öffentlichen berufsbildenden Schulen.

Für den Ausbau weiterer Fördermaßnahmen ist im aktuellen Schuljahr ein Kontingent von mindestens 7.500 zusätzlichen Lehrerstunden zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt wurden zur Stärkung der Sprachförderung an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen bislang 538 Lehrerstellen zusätzlich eingerichtet. Ein Teil davon wird genutzt, um pensionierte Lehrkräfte oder Lehramtsstudierende zur Sprachförderung zeitlich befristet zu beschäftigen. Zudem sind 267 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen neu eingerichtet worden. Daher wurden im 8. Februar 2016 100 Stellen zur Besetzung an Grundschulen ausgeschrieben. Durch Stellen-

splittings ist vorgesehen 151 Grundschulen zu versorgen. Es liegen 1.000 Bewerbungen vor, davon sind 800 Bewerber grundsätzlich geeignet. Die übrigen 167 Stellen sollen im



Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajić besucht einen Sprachkurs der Universität Göttingen

Zusammenhang mit dem Anschluss an das sog. Hauptschulprofilierungsprogramm ausgeschrieben werden. Zum Schuljahr 2015/2016 sind 15 Sprachbildungszentren in Niedersachsen gegründet worden, die Schulen im Bereich der Sprachbildung, der interkulturellen Schulentwicklung und der Mehrsprachigkeit beraten und unterstützen.

Den öffentlichen berufsbildenden Schulen wurden 100 zusätzliche Stellen allein zur Integration und Sprachförderung zur Verfügung gestellt. Neben den Sprachlernklassen steht hier das sogenannte Modellprojekt „Sprint“ (Sprache und Integration) im Zentrum. Es hilft auch jugendlichen Flüchtlingen, die nicht mehr schulpflichtig sind, Sprachbarrieren abzubauen, und die Berufs- und Arbeitswelt kennenzulernen. Das Angebot ist auf Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr erweitert worden. Das Finanzvolumen beträgt jährlich 8,6 Millionen Euro, über

die Gesamtlaufzeit rund 23,6 Millionen Euro. Mit Stand vom 1. Februar 2016 nehmen 69 Berufsbildende Schulen daran teil. Es sind 125 Klassen eingerichtet mit etwa 1.875 Schülerin-

„Der Landkreis Goslar hat mit der Eröffnung seines Integrationszentrums einen großen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Unter dem Motto „Alles unter einem Dach“ werden Themen wie Unterkunft, Sprach- und Integrationskurse, Gesundheitsvorsorge und vieles mehr angeboten; in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung soll die Integration in Arbeit optimiert werden. Bei der gesellschaftlichen Integration setzen wir weiter auf die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Netzwerkpartnern und ehrenamtlichem Engagement.“
Thomas Brych, Landrat Goslar

nen und Schüler. Die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler ist auf ein Jahr beschränkt.

Die Unterstützung der niedersächsischen Schulen bei der Integration von Flüchtlingen wurde in diesem Schuljahr mit rund 45 Millionen Euro zusätzlich erheblich ausgebaut.

Hochschulen

Einige der Flüchtlinge haben in ihrem Heimatland bereits ein Hochschulstudium begonnen oder bringen andere gute Bildungsqualifikationen mit. Sie werden aktiv bei der Aufnahme eines Studiums unterstützt. Hierfür sind 2015 fünf Pilotprojekte gestartet worden, die auch im Jahr 2016 fortgesetzt und flächendeckend angeboten werden, so dass damit bis Ende des Jahres rund 1.000 Flüchtlinge erreicht werden. Im Mittelpunkt dieser Kurse steht die Sprachvermittlung im Rahmen von Intensivsprachkursen, die sowohl grundlegende als auch fach- und wissenschaftliche Sprachmodule beinhalten.

Für Flüchtlinge gibt es seit Juni 2015 ein abgekürztes Verfahren für die Aufnahme in einem zulassungsfreien Studiengang. Voraussetzung sind ausreichende Deutschkenntnisse, ein Darlegen der Bildungsbiografie und das gute Bestehen eines Aufnahmetests am Studienkolleg. Die Kapazitäten des Niedersächsischen Studienkollegs wurden daher um 200 Plätze erhöht.

Zudem wird das Programm „Wege ins Studium öffnen“ angeboten. Ziel ist es, die Bildungschancen von Abiturientinnen und Abiturienten aus Nichtakademikerfamilien zu erhöhen – auch Flüchtlinge rücken in den Fokus. Es werden sechs Projekte an niedersächsischen Fachhochschulen gefördert, eines davon (HAWK Open) richtet sich explizit an Flüchtlinge. Das Modell kann auf andere Standorte ausgeweitet werden. Die niedersächsischen Hochschulen engagieren sich für eine aktive Willkommenskultur; jede Hochschule hat einen/eine Ansprechpartner/in für Flüchtlinge.

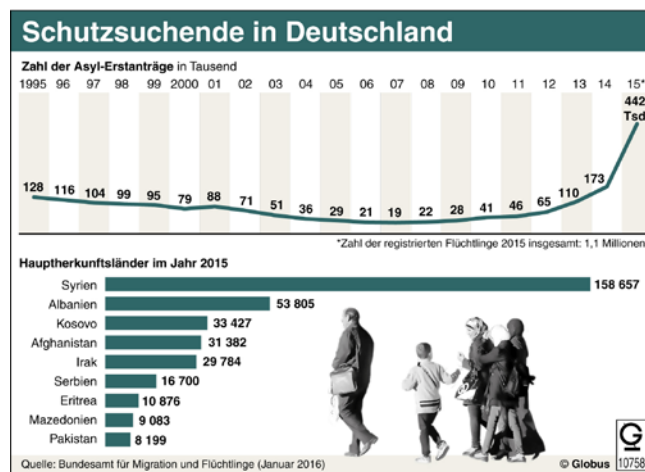
3. Integration in und über Ausbildung und Arbeit

Die Integration von Menschen mit Fluchtgeschichte in den Arbeitsmarkt stellt einen Schwerpunkt der niedersächsischen

„Wir dürfen Integrationskosten und Investitionskosten nicht aufrechnen. Wenn über das Thema Integration der Flüchtlinge insgesamt mehr Flexibilität und weniger Bürokratie in den Arbeitsmarkt kommt, damit wir schneller und zielführend die Mitarbeiter, die Flüchtlinge und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt integrieren können, das ist gut. Aber noch mal: Keine Sonderregelung, damit wir keine gesellschaftlichen Diskussionen bekommen, den Neid von dem einen auf den anderen.“

Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)

Arbeitsmarktpolitik dar. 81 Prozent von ihnen sind im erwerbsfähigen Alter. Da der Bedarf an Fachkräften in vielen Branchen groß ist, bieten sich den Zugewanderten hier gute Chancen, für einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Ziel ist es, Flüchtlingen eine neue Lebensperspektive zu vermitteln.



Vielfältige Projekte der Landesregierung sollen den Ankommenden dabei helfen, ihre Möglichkeiten in Ausbildung und Arbeit zu kommen, effektiv zu nutzen. Gleichzeitig sollen Unternehmen unterstützt werden, um Flüchtlinge als Fachkräfte ausbilden und einstellen zu können. Beispiele sind folgende Initiativen:

- Im Rahmen des Projektes „Kompetenzen erkennen. Gut ankommen in Niedersachsen“ werden berufsrelevante Kompetenzen von Asylsuchenden und Flüchtlingen frühzeitig dokumentiert. Das erleichtert die weitere Vermittlung an den späteren Aufnahmeorten.

- Das „Integrationsprojekt Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber (lhafa)“ bereitet bis zu 500 jüngere Flüchtlinge auf eine Handwerksausbildung im Ausbildungsjahr 2016/2017 vor.
- Weitere Qualifizierungsprojekte für arbeitslose Personen mit einem Schwerpunkt auf Asylsuchende und Flüchtlinge sollen im Rahmen des Programms „Qualifizierung und Arbeit“ gefördert werden.
- Das Land unterstützt die „Zentrale Beratungsstelle Arbeitsmarkt und Flüchtlinge (ZBS AuF, www.zbs-auf.info)“, bei der Unternehmen Informationen rund um die Ausbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen erhalten.

4. Zusammenleben in Niedersachsen

Unsere Gesellschaft kann, wenn uns die Integration der Flüchtlinge gelingt, wieder jünger, kreativer und entwicklungsfähiger werden. Für den künftigen Zusammenhalt unseres Gemein-

„Hilfe und Unterstützung werden im Landkreis Hameln-Pyrmont groß geschrieben, denn die Menschen auf der Flucht sind in großer Not. „Gute Nachbarschaft“ ist unser Motto für gelingende und bereichernde Integration. Denn es geht um unsere gemeinsame Zukunft, die mit großen Herausforderungen aber mit noch mehr Chancen verbunden ist.“

Tjark Bartels, Landrat Hameln-Pyrmont

wesens ist von enormer Bedeutung, dass wir gute Formen des Zusammenlebens finden.

Kontakt und Begegnungen

Gegenseitiges Vertrauen, gemeinsame Aktivitäten und Erfahrungen sind die beste Basis für einen guten Zusammenhalt. Deshalb sind gerade kleine Projekte und Initiativen vor Ort Gold wert. In vielen Kommunen gibt es Orte der Begegnung für Flüchtlinge und Einheimische, Kirchengemeinden, Nachbarschaftstreffs oder Mehrgenerationenhäuser, wie etwa



Spracherwerb ist der Schlüssel zur Integration

das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus. Durch gemeinsame Aktivitäten kommen sich Menschen näher, Bekanntschaften, Nachbarschaften und Freundschaften entstehen – der beste Kitt für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sport

Auch Sport bietet zahlreiche Möglichkeiten der aktiven Integration von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen. Sport hat eine hohe soziale Bindungskraft: Er macht Spaß und vermittelt wichtige soziale Kompetenzen wie Teamgeist,

Toleranz und auch die Akzeptanz von Regeln.

Das Land gewährt dem Landessportbund Niedersachsen e. V. (LSB) jährlich eine Finanzhilfe in Höhe von 31,5 Millionen Euro. Davon investiert der LSB jährlich mindestens 500.000 Euro für

„Der DFB unterstützt über seine Egidius-Braun-Stiftung finanziell Fußballvereine, die sich für Flüchtlinge engagieren. Die Stiftung startet dazu partnerschaftlich mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie mit zusätzlicher Unterstützung der Nationalmannschaft im Rahmen der Initiative „Kinderträume“ in den Jahren 2015 und 2016 ein neues Sonderprojekt und fördert unter dem Motto „1:0 für ein Willkommen“ jährlich bis zu 600 Fußballvereine einmalig mit einem Betrag in Höhe von 500 Euro.“
Egidius-Braun-Stiftung

Maßnahmen, die auch dem gemeinsamen Sporttreiben von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund dienen.



Das Braunschweiger Willkommensbündnis bietet jungen Flüchtlingen ein professionelles Fußballtraining an

Mit dem Wettbewerb „Sport integriert Niedersachsen“, den das Land finanziell unterstützt, soll das integrative Engagement des gemeinnützigen Sports gewürdigt werden. Zusätzlich zur Kategorie „Integration“ gibt es einen Sonderpreis „Flüchtlinge und Asylsuchende“.

Kunst und Kultur

Austausch ermöglichen, Akzeptanz des Fremden fördern: auch Kunst und Kultur können die Integration von Flüchtlingen unterstützen. Das Land hat bereits 2015 einen Austausch mit Einrichtungen aus dem Kulturbereich initiiert, um Kunst- und Kulturschaffende als Brückenbauer für die Integration von Flüchtlingen zu gewinnen.



Die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe Doris Schröder-Köpf bei einem Besuch im Erstaufnahmелager Friedland

Die regionalen Interkulturforen „cross culture“ des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur geben Impulse für mehr Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Nach dem Auftakt der ersten Veranstaltung 2015 in Osnabrück folgen in diesem Jahr drei weitere Foren in Oldenburg, Hannover und Göttingen.

Ein gelungenes Beispiel für Kunst und Kultur im Kleinen ist die Liederfibel der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf. In der Fibel für geflüchtete Mädchen und Jungen im Grundschulalter berichten acht Kinder aus verschiedenen Ländern von sich und ihrer Heimat.

Wertegemeinschaft

Viele der geflüchteten Menschen kommen aus Ländern, in denen es kaum demokratische und rechtsstaatliche Regeln gibt. Die in Deutschland geltenden Gesetze und Regeln des Zusammenlebens müssen den Flüchtlingen vermittelt werden, sie müssen sie sich dann zu Eigen machen und danach leben.

„Flüchtlinge sind keine Naturkatastrophen, die uns bedrohen, sondern Menschen wie wir.“

Caren Miosga, Journalistin

Was für die geflüchteten Menschen gilt, gilt aber auch für die Aufnahmegesellschaft: Eine demokratische und tolerante Haltung in der Bevölkerung ist die Basis für ein weltoffenes, vielfältiges Niedersachsen.

Niedersachsen fördert zahlreiche Maßnahmen, die sich gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus richten und die für Demokratie und Toleranz werben. Auch mit der Entscheidung wieder eine Landeszentrale für politische Bildung einzurichten, reagiert das Land Niedersachsen auf die zunehmende Gewalt gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte. Start wird im vierten Quartal 2016 sein.

Innere Sicherheit

Die Sicherheit der Flüchtlinge hat für die Niedersächsische Landesregierung höchste Priorität. Justiz und Polizei ergreifen daher zahlreiche Maßnahmen, um fremdenfeindliche Straf-

taten konsequent zu verfolgen und weitere Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern. Gleichzeitig ist – trotz der enorm hohen Zugangszahlen – nur ein geringer Teil der Flüchtlinge bisher polizeilich aufgefallen.

„Der Anteil von Kriminellen, die mit den Flüchtlingen nach Deutschland eingereist sind, ist prozentual nicht höher als der Anteil von Kriminellen in der deutschen Bevölkerung.“

Ulf Küch, Autor und Kriminalbeamter, Braunschweig

Straftaten, die sich gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte richten, haben dagegen enorm zugenommen. Seit dem 1. Januar 2015 ist es in Niedersachsen zu 110 Straftaten gekommen, 89 davon mit rechter Tatmotivation; 2014 gab es nur acht entsprechende Straftaten.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend und wird von der Polizei genau beobachtet und konsequent bekämpft. Dafür steht auch das notwendige Personal zur Verfügung. Niedersachsen hat aktuell so viele Stellen für die Polizei wie noch nie zuvor.

Einbürgerung

Niedersachsen ist ein Land der Vielfalt. Viele der hier lebenden Menschen haben selbst Fluchterfahrungen, sie kommen aus ganz verschiedenen Teilen der Welt. Sie leben aber schon seit

„Das Engagement der Kirchen wurzelt in der Überzeugung, dass die Menschenwürde unantastbar ist.“

Norbert Trelle, Bischof des Bistums Hildesheim

Langem in Deutschland, haben hier ihren Lebensmittelpunkt und vielfach auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Mit der

deutschen Staatsangehörigkeit sind nicht nur Teilhaberecht verbunden, sondern auch das Bekenntnis zur deutschen Rechts- und Kulturgemeinschaft.

Es wäre ein großer Erfolg, wenn sich viele der aktuell zu uns kommenden Flüchtlinge mit Bleibeperspektive nach einigen Jahren für eine Einbürgerung entscheiden würden.

Interreligiöser Dialog/

Verträge mit Muslimen und Aleviten

In Niedersachsen hat die religiöse Vielfalt in den letzten Jahren in Folge der Zuwanderung stark zugenommen. Ein positives Miteinander der Religionen und religiöse Toleranz sind für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von großer Bedeutung. In vielen Bereichen hat ein interreligiöser Dialog begonnen, der dazu beitragen soll, dass die Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeiten einander besser verstehen – ein Beispiel sind die Angebote im Haus der Religionen in Hannover.

Das Land Niedersachsen versucht durch eine gute Zusammenarbeit mit Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften seinen Beitrag zur positiven Gestaltung religiöser Vielfalt zu leisten.

„Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“

Christian Wulff, Niedersächsischer Ministerpräsident von 2003-2010 und Bundespräsident a.D.

In diesem Zusammenhang stehen auch die angestrebten Verträge mit muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde.

Diese bekennen sich in dem Vertragsentwurf zu den Grundrechten des Grundgesetzes und der niedersächsischen Verfassung. Die geplanten Regelungen betreffen eine Vielzahl

von Fragen des religiösen Alltags wie etwa den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Die Landesregierung strebt einen möglichst großen gesellschaftlichen Rückhalt für die Verträge an.

„Für Christinnen und Christen gibt es einen klaren biblischen Auftrag, Hungrigen zu essen zu geben und Fremde aufzunehmen.“

Ralf Meister, Landesbischof ev.-luth. Landeskirche Hannover

Gesundheitsversorgung

Asylsuchende erhalten über das Asylbewerberleistungsgesetz eine Behandlung bei Schmerzzuständen und Erkrankungen; auch erforderliche Impfungen und Leistungen zur Gesundheitssicherung werden erbracht. Alle Flüchtlinge werden in der Regel bereits kurz nach der Ankunft in Niedersachsen erstuntersucht.

Die Landesregierung wünscht schnellstmöglich einen einfachen und unbürokratischen Zugang registrierter Flüchtlinge zur Gesundheitsversorgung. Hierzu gehört die kurz bevorstehende Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte.

2014 wurde auf Initiative des Landes das Psychosoziale Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge gegründet. Traumatisierten Flüchtlingen wird damit die Vermittlung in die ambulante wohnortnahe psychosoziale, psychotherapeutische und sozialpsychiatrische Regelversorgung ermöglicht.

5. Obhut und Begleitung für alleine ankommende Kinder und Jugendliche

Gerade unbegleitete Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Kriegs- und Fluchterfahrungen häufig traumatisiert sind, bedürfen unserer besonderen Fürsorge. Die örtlichen

Jugendämter, die dabei von der Landesverteilstelle unterstützt werden, sorgen für eine passende Unterbringung und Versorgung dieser Heranwachsenden.

Sie werden sowohl in Pflegefamilien als auch in geeigneten Wohnformen, wie Jugendwohngemeinschaften oder stationäre Einrichtungen, untergebracht. Eine große Herausforderung ist es, genügend Plätze zu schaffen, an denen diese jungen Menschen leben und betreut werden können.

Die Anzahl Schutz suchender unbegleiteter Kinder und Jugendlicher ist in Niedersachsen im vergangenen Jahr stark

„Wir wissen, was an Leid und was an Strapazen hinter Ihnen liegt, und wir können Ihnen nachfühlen, wie Ihnen jetzt zumute ist. Sie kommen jetzt in ein Land, in dem Sie frei leben können, ohne von irgendjemandem unterdrückt zu werden. Sie kommen in ein Land, in dem Frieden herrscht, und wir sind dankbar dafür, dass wir in Frieden leben dürfen. Sie kommen in ein Land, in dem niemand Not zu leiden braucht, materielle Not, in dem niemand zu frieren braucht, in dem niemand ohne Wohnung zu leben braucht. Und Sie kommen vor allem in ein Land, und das möchte ich Ihnen heute sagen, in dem Sie keine Furcht zu haben brauchen, sondern in dem Sie nun mit Zuversicht und Mut an den Neuaufbau Ihres Lebens herangehen können.“

Dr. Ernst Albrecht, Niedersächsischer Ministerpräsident von 1976-1990, am 03. Dezember 1978 beim Empfang von vietnamesischen Flüchtlingen („Boat-People“)

gestiegen. 2012 wurden bundesweit 4.767 unbegleitete Minderjährige von den Jugendämtern in Obhut genommen, 2015 waren es 68.899, davon 5.308 in Niedersachsen.



Kultusministerin Frauke Heiligenstadt besucht die Anna-Siemsen-Schule (BBS7). Die berufsbildende Schule der Region Hannover mit Schülern aus über 50 verschiedenen Nationen, lebt Willkommenskultur täglich

6. Integration als Gemeinschaftsaufgabe

Die Integration der Flüchtlinge ist eine große Aufgabe für unser Gemeinwesen. Um diese gut zu bewältigen sind gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Zivilgesellschaft notwendig.

„Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive müssen in Gesellschaft und Arbeitsleben integriert werden.“
Wirtschaftsverbände BDA, BDI, ZDH und DIHK

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ (www.niedersachsen-packt-an.de) ist die Plattform der Akteuren/innen im Land Niedersachsen. Die gemeinsame Initiative von DGB, den beiden christlichen Kirchen, den Unternehmerverbänden Niedersachsen (UVN) und der Niedersächsischen Landesregie-

rung wurde Ende November 2015 ins Leben gerufen. Es hat mittlerweile über 2.200 Unterstützer/innen aus allen Teilen der Gesellschaft. Hauptaufgabe ist die Zusammenführung von Akteuren/innen, die Bündelung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Integration der jüngst nach Niedersachsen zugewanderten Menschen, aber auch die Unterstützung der

Sport ist international, spricht alle Sprachen und ist grenzenlos. So leistet er einen Beitrag zur Völkerverständigung, denn alle spielen nach den gleichen Regeln. Der DOSB bekennt sich zu einem offenen und gastfreundlichen Deutschland und zu seiner integrationspolitischen Verantwortung. Sportdeutschland und die über 90.000 Sportvereine stärken mit ihrem verlässlichen Engagement den Zusammenhalt in der Gesellschaft, bieten geflüchteten und zum Teil traumatisierten Menschen Freude und Gemeinschaftserlebnisse und öffnen so Türen in unsere Gesellschaft.“

Karin Fehres, Vorstand Sportentwicklung beim Deutschen Olympischen Sportbund

haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierten Frauen und Männer.

Integration der Flüchtlinge findet im Wesentlichen vor Ort in den Kommunen statt. Dort sind Behörden, Migrantenorganisationen, Verbände und Institutionen insbesondere der Wohlfahrtspflege involviert. Die Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe sorgen auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte für eine Integrationspolitik aus einem Guss.

In besonderer Weise setzt sich die Zivilgesellschaft für die Integration von Flüchtlingen ein. Freiwillige sind vielfältig aktiv, engagieren sich als Integrationslotsinnen und -lotsen oder

in Flüchtlingsinitiativen. Ehrenamtliche können sich auf dem Freiwilligenserver des Sozialministeriums informieren:

www.freiwilligenserver.de.

Bund und Land leisten zu diesem gesamten Netzwerk einen wesentlichen Beitrag durch die finanzielle Unterstützung von Kommunen und anderen Institutionen.



Wirtschaftsminister Olaf Lies mit Mohsen Rezaie aus Afghanistan, der eine Ausbildung zum Karosserie- und Fahrzeugbauer macht

7. Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung

Finanzielles Engagement von Land und Bund

Die Aufnahme von Flüchtlingen muss finanziert werden. Im Jahr 2015 zahlte das Land Niedersachsen den Gemeinden neben einer durch Land und Bund finanzierten Sonderzahlung von 120 Millionen Euro eine Jahrespauschale pro Asylbewerber/in in Höhe von 6.195 Euro. Für 2016 steigt diese Pauschale

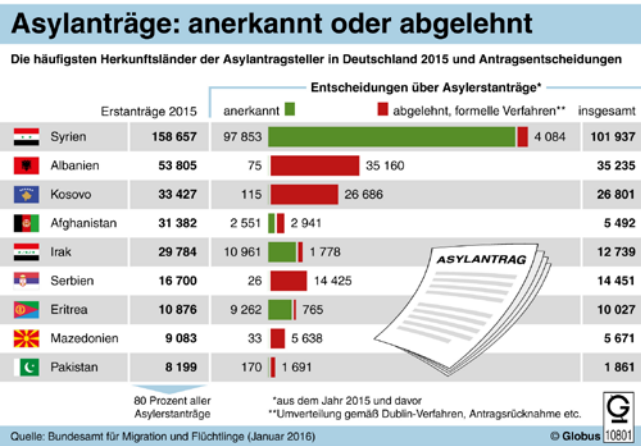
auf 9.500 Euro, 2017 auf mindestens 10.000 Euro. Zudem erhalten die Kommunen für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in 2016 zusätzlich rund 144 Millionen Euro.

Die Zahlungen an die Kommunen bilden aber nur einen Teil der insgesamt anfallenden Kosten ab. So müssen Unterbringungsmöglichkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen und unterhalten werden, sowie weitere integrative Maßnahmen wie z.B. Sprachförderung, Flüchtlingssozialarbeit,

Für 2017 sind bislang mehr als 1,7 Milliarden Euro eingeplant– das entspricht einer Verzehnfachung in nur drei Jahren. Das ist aber auch sinnvoll, denn jeder Euro, der heute in Integration investiert wird, wird sich in einigen Jahren vielfach auszahlen.

Ausblick/Blick in die Werkstatt

Es ist bereits viel passiert und in die Wege geleitet worden, aber wir stehen in Niedersachsen und Deutschland erst am Anfang des Integrationsprozesses.



„Wir helfen Menschen gern, die aufgrund von Bürgerkriegen und Verfolgung die Heimat verlassen mussten.“
Martin Kind, Präsident Hannover 96

Land und Bund arbeiten intensiv daran, die Angebote zur Integration, vor allem zum Spracherwerb und zur Bildungs- und Arbeitsmarktintegration, künftig stärker miteinander zu verzahnen. In diesem Prozess engagiert sich sowohl das Bündnis „Niedersachsen packt an“ als auch die Landesregierung. Auch auf Bund-Länder-Ebene ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, in die Niedersachsen seine Impulse einfließen lässt.

Migrationsberatungsstellen und die Förderung ehrenamtlicher Hilfe finanziert werden.

Hat Niedersachsen im Jahr 2014 noch 170 Millionen Euro für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ausgegeben, waren es 2015 schon mehr als 600 Millionen Euro. Für 2016 sind bereits 1,3 Milliarden Euro eingeplant. Der Bund übernimmt hiervon 345 Millionen Euro, ein Anteil von rund 27 Prozent.

„Wir schaffen das.“
Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Eine gute und erfolgreiche Integration der Flüchtlinge wird nur in einem länger andauernden Prozess mit viel Engagement auf beiden Seiten funktionieren. Bund und Länder müssen Integration zu ihrer gemeinsamen Aufgabe machen und die Kommunen bei ihren Bemühungen vor Ort unterstützen.

Weiterführende Links

Portal Niedersachsen

www.niedersachsen.de

Flüchtlinge in Niedersachsen

www.fluechtlinge.niedersachsen.de

Bündnis Niedersachsen packt an!

www.niedersachsen-packt-an.de

Freiwilligenserver Niedersachsen

(Niedersächsisches Sozialministerium)

www.freiwilligenserver.de

Niedersächsisches Innenministerium

www.mi.niedersachsen.de

> Themen > Ausländerrechtliche Angelegenheiten

Die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe
Niedersachsen Doris Schröder-Köpf

www.migrationsbeauftragte-niedersachsen.de

Niedersächsisches Kultusministerium

www.mk.niedersachsen.de

> Aktuelles

Niedersächsisches Wissenschaftsministerium

www.mwk.niedersachsen.de

> Themen > Weiterbildung > Sprachkurse für Flüchtlinge

Verdi Niedersachsen

www.nds-bremen.verdi.de

Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.

www.uvn-online.de

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover

www.landeskirche-hannovers.de

Bistum Hildesheim

www.bistum-hildesheim.de

Die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge
und Integration Aydan Özoğuz

www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragteFuerIntegration/beauftragte-fuer-integration.html

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

www.bamf.de

Deutscher Gewerkschaftsbund

www.dgb.de/extra/fluechtlinge

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

www.bdi.eu

Deutscher Fußballbund

www.dfb.de/vielfaltanti-diskriminierung

Deutscher Olympischer Sportbund e.V.

www.integration-durch-sport.de

Mediendienst Integration

www.mediendienst-integration.de

Herausgeberin
Niedersächsische Staatskanzlei

Planckstraße 2
30169 Hannover

V. i. S. d. P.
Anke Pörksen
Presse- und Informationsstelle der
Niedersächsischen Landesregierung

Telefon
0511 120 6948
E-Mail
pressestelle@stk.niedersachsen.de
Internet
www.niedersachsen.de
www.stk.niedersachsen.de

März 2016

Gestaltung
Image Marketing GmbH
www.i-marketing.de

Bildnachweis
fotolia, Titelbild
Philipp von Ditfurth, S. 5
Weitblick Hannover e.V., S. 9
Heller/Universität Göttingen, S. 12
Grafik: dpa-infocom, S. 15, 28
Niedersächsische Staatskanzlei/Göckel, S. 17
Fotograf: Martin Wilk, S. 18
Tom Figiel, S. 19, 25
Oßwald, HWK Hannover, S. 27

Die Broschüre darf, wie alle Broschüren der
Niedersächsischen Landesregierung, nicht zur
Wahlwerbung in Wahlkämpfen verwendet werden